

Motive für Blockbildung

Seminararbeit

am Institut für Geographie
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Themensteller: Prof. Dr. Gerald Wood
Veranstaltung: Wirtschafts-und Verkehrsgeographie

vorgelegt von: Steffan Voß
Rudolf-Harbig-Weg 55
48149 Münster

Abgabetermin: 24. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	IV
1 Motivation	1
2 Grundlagen	2
2.1 Supranational	2
2.2 Wirtschaftsblock	3
2.3 Nationalstaat	4
2.4 Zusammenstellung der bedeutendsten supranationalen Integrationsräume	5
3 Motive für Blockbildung	6
3.1 Wirtschaftliche Motive	6
3.1.1 Schaffung einer Währungsunion	6
3.1.2 Nutzung von globalen öffentlichen Gütern	7
3.1.3 Eigendynamik des Weltwirtschaftsraumes	8
3.1.4 Verhinderung des wirtschaftlichen Rückstands	9
3.1.5 Ordnung von Handelsbeziehungen	9
3.1.6 Vermeidung von Länderrisiken	10
3.1.7 Weitere Motive	11
3.2 Außerökonomische Motive	12
3.2.1 Vermeidung von Umweltbelastungen	12
4 Umsetzung der Motive an einem ausgewählten Beispiel	13
4.1 Boeing gegen Airbus vor der WTO	13
5 Fazit	14
Literaturverzeichnis	16

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grad der Entwicklungsmöglichkeiten von Wirtschaftsblöcken.	3
Abbildung 2: Einflüsse auf den Nationalstaat.	4
Abbildung 3: Ausgewählte bedeutende Integrationsräume.	5

Abkürzungsverzeichnis

NIC	Newly Industrialised Country
GPG	Global Public Good
ISAF	International Security Assistance Force
NGO	Non-Governmental Organisation
WTO	World Trade Organization
USA	United States of America

1 Motivation

Wissentlich oder unwissentlich ist ein Großteil der Weltbevölkerung in supranationale Blöcke eingebunden.¹ Eine Gemeinsamkeit ist in allen Blöcken vorzufinden, es gibt eine Motivation aus dem Bereich, Wirtschaft, Kultur, Ideologie, Sicherheitsbedürfnis, Hegemonie, oder einer Kombination aus diesen. Die daraus erwachsenden Verflechtungen sind schwer zu durchschauen. Beständig werden nur die Offensichtlichsten in der medialen Welt verbreiteten Konflikte wahrgenommen. Die öffentliche Empörung über die mutmaßliche Bevorzugung von Boeing² wird von den europäischen Subventionen für den Agrarsektor kontrastiert.³

Die Gründe sind vielfältig, wollte Europa nicht Boeing und damit den USA den Flugzeugbau überlassen⁴ ist noch immer eine Angst vor möglichen Nahrungsmittel Engpässen in Europa vorhanden⁵. Konflikte ergeben sich aber auch innerhalb der Blöcke. Der Versuch nach außen geschlossen zu wirken eröffnet die Frage nach der Führungsrolle in einem Block. Am Beispiel der Europäischen Union muss die Frage erörtert werden, welcher Standpunkt, z.B. in der Terrorismusbekämpfung, nach außen vertreten werden soll. Darüber hinaus ist die Verteilung von Geldern ein Streitthema⁶ und selbst die Wahl der Sprache kann zu Konflikten führen.⁷

Eine klare Darlegung der Motive und Ziele kann zu mehr Akzeptanz der beteiligten Bürger und Staaten führen.⁸ Zu diesem Zweck müssen die Motive deutlich genannt und die möglichen Vor – und Nachteile aufgezeigt werden. Im Rahmen dieser Seminararbeit werden die wesentlichen wirtschaftlich Motive erarbeitet und aufgezeigt.

Nach einer Definition der Kernbegriffe *Supranational*, *Block* und *Nationalstaat* wird eine Übersicht über Blockstrukturen aufgezeigt. In Kapitel 3 folgt die Identifizierung von leitenden Motiven mit dem Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen

¹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 54.

² Vgl. Heyman (2006), S. 1.

³ Vgl. Hiller (2009), S. 19.

⁴ Vgl. Heyman (2006), S. 4.

⁵ Vgl. Hiller (2009), S. 18.

⁶ Vgl. Rottgardt (2006), S. 28.

⁷ Vgl. Hertel (1999), S. 206 f.

⁸ Vgl. Backhaus (2009), S. 107.

Leitmotive. Im Anschluss wird in Kapitel 4 die Durchsetzung der Motive und damit verbundenen Problematiken an ausgewählten Beispielen aufgezeigt. Abschließend erfolgt eine Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse.

2 Grundlagen

2.1 Supranational

Der Begriff Supranational leitet sich vom lateinischen *supra* „über“ und *natio* für „Volk“ ab. Die Bedeutung liegt in der Verlagerung und Übertragung von bestimmter charakteristischer rechtlicher Autorität und entscheidungsbefugter Organe der Mitgliedsstaaten auf Institutionen oder internationale Körperschaften.⁹

Die Weitergabe von Souveränität sowie die Zusammenfassung muss unterschieden werden. Die Weitergabe tritt genau dann ein, wenn es supranationalen Akteuren erlaubt ist, Entscheidungen über einst autonome Autoritätsbereiche zu treffen. Dabei wird jegliches Vetorecht ausgeschlossen. Dem gegenüber steht die gemeinschaftliche Souveränität. Jede Entscheidung wird durch eine Wahl getroffen, die nicht notwendigerweise einstimmig sein muss.¹⁰

Oft wird eine Menge von überstaatlich agierenden Institutionen bereits als supranational bezeichnet. Streng genommen bezieht sich der Begriff allerdings auf kennzeichnende internationale Institutionen und internationale Justizbehörden.^{11 12}

Der Begriff der supranationalen Zusammenschlüsse - bezogen auf die Integration von Staaten zu Wirtschaftsblöcken - beschreibt die vorherrschende Blockbildung unter Beachtung der supranationalen Charakteristiken. HAAS und NEUMAIR definieren Wirtschaftsblöcke bzw. supranationale Zusammenschlüsse durch die Übernahme von Entscheidungsgewalt und Gestaltungsgewalt durch gemeinsame Organe.¹³

Neben dem Begriff des supranationalen Zusammenschlusses existiert der Begriff der supranationalen Union. Die Wortbedeutung der supranationale Union hingegen lässt nur die Europäische Union als bisher einzige supranationale Union zu.

⁹ Vgl. McLean, McMillan (2009), S. 520.

¹⁰ Vgl. Little, Smith (2006), S. 142 f.

¹¹ Vgl. Little, Smith (2006), S. 142 f.

¹² Z.B. die Europäische Kommission für die Exekutive, das Europäische Parlament für die Legislative so wie der Europäische Gerichtshof für die Judikative.

¹³ Vgl. Haas, Neumair (2006), S. 382.

Es wird die Weitergabe von Souveränität umgesetzt. Damit verbleibt die Kompetenz-Kompetenz¹⁴ bei den Mitgliedsstaaten.¹⁵

Die der Seminararbeit zugrunde gelegte Definition von Supranationalität soll sich dem supranationalitäts- Begriff von HAAS und NEUMAIR zu eigen machen. Dabei wird bewusst auf die komplette Schärfe des Begriffs verzichtet, um mit bereits bestehenden Arbeiten bzgl. der Definitionen zu harmonisieren.

2.2 Wirtschaftsblock

Der Weltwirtschaftsraum ist der Container aller weltweiten wirtschaftlichen Aktivitäten unter Einbeziehung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Von besonderem Interesse ist das Geflecht über Kontinente, Landesteile und Volkswirtschaften hinweg.¹⁶

Wirtschaftsblöcke sind konkrete geographische Ausprägungen im Weltwirtschaftsraum. HAAS, NEUMAIR und SCHLESINGER beschreiben sie als Ergebnis der „ökonomischen und politischen Integration einzelner Staaten“.¹⁷ Neben der resultierenden Liberalisierung und Deregulierung kommt es häufig zur Errichtung regionaler Integrationsräume.¹⁸

Die Kooperation von mindestens zwei Staaten bzgl. ihrer wirtschaftlichen Beziehungen in unterschiedlich starker Ausprägung bis zu einem Zusammenschluss zu einer Wirtschaftsunion bezeichnet man als regionale Integration.¹⁹

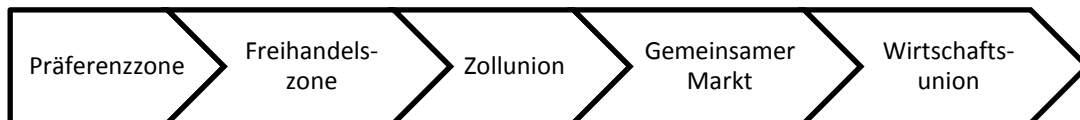


Abbildung 1: Grad der Entwicklungsmöglichkeiten von Wirtschaftsblöcken.

Regionale Wirtschaftsblöcke lassen sich nach dem Grad ihrer Kooperation kategorisieren (siehe Abbildung 1). *Präferenzzonen* stellen mit Handelsvergünstigung

¹⁴ Die Befugnis eines staatlichen Organs Zuständigkeiten festzulegen.

¹⁵ Vgl. Kiljunen (2004), S. 21-25.

¹⁶ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 2.

¹⁷ Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 54.

¹⁸ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 54.

¹⁹ Vgl. Dieckheuer (2001), S. 193.

gen die geringfügigste Art der Zusammenarbeit da. Durch den vollständigen oder teilweisen Abbau von Handelshemmnissen definiert sich die *Freihandelszone*. Die Mitglieder einer *Zollunion* besitzen darüber hinaus ein gemeinsames Zollgebiet. Freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- so wie Kapitalverkehr kennzeichnen den *Gemeinsamen Markt*. Kommt es zur Annäherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spricht man von einer *Wirtschaftsunion*.^{20 21}

Mit fortschreitender Integration kann innerhalb einer *Wirtschaftsunion*, u.a. zum Zwecke der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung, aufgrund von Wechselkursmanipulation, eine Währungsunion etabliert werden.²²

Der Weitergabe von Kompetenz und dem damit verbundenen Gestaltungsverlust stehen konkrete wirtschaftliche Vergünstigungen gegenüber.

2.3 Nationalstaat

Der Nationalstaat ist ein Staatenmodell bestehend aus einem Staat und einer Nation.²³ Der Nationalstaat integriert eine Bevölkerung mit gleicher Kultur, Wertvorstellungen und Brauchtum. Neben extremen Ausprägungen des Nationalstaates im historischen Kontext und dem prognostizierten Ende ist er neben dem Vielvölkerstaat das vorherrschende Staatenmodell.²⁴



Abbildung 2: Einflüsse auf den Nationalstaat.

²⁰ Vgl. MacKinnon, Cumbers (2007), S. 132 f.

²¹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 55-57.

²² Vgl. Vgl. Kaelble (1995), S. 9 f.

²³ Vgl. Voigt (2005), S. 177 f.

²⁴ Vgl. Kaelble (1995), S. 9 f.

Die in Abbildung 2 aufgeführten neuen Einflüsse auf den Nationalstaat sind nicht mehr im Alleingang zu lösen. Diese Gefahren haben überregionale Auswirkungen und sind ausschlaggebend für strukturelle Veränderungen der Beziehungen zwischen Nationalstaaten.²⁵

2.4 Zusammenstellung der bedeutendsten supranationalen Integrationsräume

Durch die Verknüpfung der Begriffe *supranational* so wie *Integrationsraum* werden Zusammenschlüsse von Nationalstaaten beschrieben, die Gestaltungs- so wie Entscheidungsgewalt zu Gunsten einer verstärkten Liberalisierung durch den Abbau bestehender Beschränkungen, verlagern und sich einem gemeinsamen Vertragssystem unterwerfen.²⁶ Dabei ist die Form des Integrationsraum von der Anzahl der Mitgliedsstaaten und ihrer Einwohnerzahl oder dem Zeitpunkt der Gründung unabhängig.

Integrationsraum	Gründung	Form
Europäische Union (EU)	1992	Wirtschafts- und Währungsunion
World Trade Organization (WTO)	1995	Freihandelszone
North American Free Trade Agreement (NAFTA)	1994	Freihandelszone
Southern Cone Common Market (MERCOSUR)	1969	Gemeinsamer Markt
ASEAN Free Trade Agreement (AFTA)	1967 (ASEAN), 1992 (AFTA)	Freihandelszone

Abbildung 3: Ausgewählte bedeutende Integrationsräume.²⁷

Die in Abbildung 3 genannten Integrationsräume werden u.a. von MACKINNON, CUMBERS hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistung und Einflusskraft als bedeutendste Integrationsräume genannt.²⁸

²⁵ Vgl. Backhaus (2009), S. 269 f.

²⁶ Vgl. Kulke (2008), S. 261.

²⁷ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 56; MacKinnon, Cumbers (2007), S. 132.

²⁸ Vgl. MacKinnon, Cumbers (2007), S. 132 f.

3 Motive für Blockbildung

3.1 Wirtschaftliche Motive

3.1.1 Schaffung einer Währungsunion

MACKINNON und CUMBERS weisen anhand der aggressive Exportpolitik der Asiatischen NICs (Newly Industrialised Countries) Hong Kong, Singapur, Südkorea und Taiwan beginnend mit der künstlichen Abwertung der eigenen Währung, um eigene Exporte günstiger auf dem Weltmarkt anzubieten, auf die Chance hin, sich auf diesem Weg Vorteile auf dem Weltmarkt zu verschaffen.²⁹ Nach dem Scheitern des Bretton Wood Systems,³⁰ u.a. zur Vermeidung wechsellkursbedingter Wettbewerbsverzerrung existiert keine derart übergreifende Regelung mehr.

Das Ziel der Angleichung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zur Schaffung einer Wirtschaftsunion beinhaltet ebenso die Chance auf Einrichtung einer Währungsunion. Neben den identischen Zielen des Bretton Wood Systems, wie Stimulierung der Wirtschaft, Vereinfachung von Zahlungsvorgängen und dem unterbinden künstliche Wettbewerbsverzerrungen, besteht die Möglichkeit, ein inflationsfreies Wachstum zu gewährleisten.³¹

Bestandteil der Erwartungen an die Europäische Währungsunion war im Jahr 1999 u.a. der Abbau der Staatsverschuldung. Dabei wurde Spanien und Irland mittelfristig eingeräumt ihre Verschuldung komfortabel abzubauen. Zur Erreichung sollten alle Länder vom verbesserten makroökonomischen Umfeld und den resultierenden niedrigen Zinsen in einem von höheren Wachstumsraten geprägten Umfeld profitieren. Insgesamt sollte die Politik in die Lage versetzt werden, die Schulden sozialverträglich abzubauen um den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Das Vertrauen der Finanzmärkte in die Stabilität der Länder sollte gestärkt und durch den Wegfall von z.B. Wechselkursrisiken und insbesondere künstlichen Verzerrungen an Liquidität gewinnen.³²

Darüber hinaus führt eine Währungsunion zur Beendigung von Preisverzerrungen, wie sie in mit unterschiedlichen Währungen gegenwärtig sind und damit zu mehr Transparenz für alle Marktteilnehmer. Auf Basis dieser Transparenz soll sich das

²⁹ Vgl. MacKinnon, Cumbers (2007), S. 124 f.

³⁰ Beschreibt das internationale System von festen Wechselkursen, welches in den frühen 70er des 20 Jhds. aufgegeben wurde.

³¹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 57.

³² Vgl. Mundschenk, Schwarzer, Collignon (1999a)

Preisniveau insgesamt angleichen. Durch die Anpassung des Preisniveaus gleichen sich ebenfalls die Beschaffungskosten für Kapital an, welches für Investition eingesetzt werden kann.^{33 34}

3.1.2 Nutzung von globalen **öffentlichen Gütern**

GPGs (Global Public Goods) lassen sich keinen Besitzrechten zuordnen und unterliegen einer weltweiten differenzierten Nutzung. Für einige Nationalstaaten spielen ausgewählte GPGs eine essentielle Rolle in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.³⁵

Die GPGs lassen sich als eine Ausprägung der von HARDIN abstrahierten und ausformulierten Problematik der Nutzung von frei verfügbaren Gütern betrachten. Seine Feststellung, dass die Freiheit der Güter sich für alle beteiligten negativ auswirkt, unterstreicht die Motivation der Verbraucher und Bereitsteller, eine gemeinsame Lösung anzustreben³⁶

Das eröffnet die Frage, zu welchen Anteilen die Bereitstellung übernommen wird und welche Kosten damit verbunden sind. So wie diese Kosten aufgeteilt werden. Akteure auf allen Ebenen bedienen sich an den GPGs bei gleichzeitiger Minimierung des eigenen Beitrags bzgl. der Erhaltung und Bereitstellung. Der Versuch der kostenlosen Nutzung, sofern nicht gewünscht, bedarf einer Regulierung über der nationalstaatlichen Ebene. Die von nationalen Interessen und privaten Akteuren geleiteten Entscheidungen bzgl. des eigenen Beitrags lassen sich somit besser aufzeigen und unterbinden.³⁷

KAUL sieht die konfliktlose Bereitstellung von GPGs als zwingend notwendig für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum an. Zur Erreichung des Ziels wird vorgeschlagen, die Vormachstellungen der Industrienationen und ihren Zusammenschlüssen abzuschwächen. Zum Einen um Entwicklungsländer den gleichen Vereinbarungen zu unterwerfen und damit Risiken wie z.B. künstlichen Währungs-entwertung zu unterbinden. Zum anderen erscheint eine effizientere Entscheidungsfindung und faire Lastenverteilung erstrebenswert. Ziel ist es nicht, partiell Entscheidungsgewalt zu verlagern, sondern die Schaffung supranationaler Blöcke.

³³ Vgl. Mundschenk, Schwarzer, Collignon (1999b)

³⁴ Tendenziell können damit nur Länder mit hohem Zinsniveau Vorteile aus einer Währungsunion erlangen.

³⁵ Vgl. Jaschensky (2010), S 1.

³⁶ Vgl. Hardin (1968), S 1244.

³⁷ Vgl. Kaul (2008), S 148.

Dies lässt sich mit der Diversität von GPGs Begründen, die bereits auf national-staatlicher Ebene die Kompetenzbereiche verschiedenster Institutionen berühren. Darüber hinaus können ökonomisch Entscheidung auf internationaler Ebene nicht ohne Beachtung politische-, sozialer- und Umweltinteressen getroffen werden.³⁸

3.1.3 Eigendynamik des Weltwirtschaftsraumes

Die kontinuierliche Schwächung von Nationalstaaten und der Bedeutungsgewinn des Weltwirtschaftsraumes führt zum Verlust von Gestaltungsspielraum für Nationalstaaten hinsichtlich Besteuerung, Tarifverträgen oder Umweltauflagen. Um gegenüber anderen Nationalstaaten wettbewerbsfähig zu bleiben unterbieten sich Nationalstaaten hinsichtlich Restriktionen und übertreffen sich bzgl. Subventionen.³⁹

Bestimmend für den Erhalt von z.B. Arbeitsplätzen ist eine Anpassung an die Bedürfnisse von multinationalen Unternehmen. Nur so wahrt der Nationalstaat die Chance Teil, der globalen Wertschöpfungskette zu bleiben. Der zunehmende internationale Wettbewerb und der Zwang, an der räumlichen Aufteilung der Wertschöpfungskette zu partizipieren spielt eine wesentliche Rolle. Nationalstaaten sehen sich gezwungen den günstigsten Standort hinsichtlich der Produktionsbedingungen zu bieten.⁴⁰

Die Kernaufgaben des Nationalstaats sind der Erhalt der Solidarität innerhalb der Gesellschaft, die Beibehaltung der gewählten gesellschaftlichen Ordnung so wie die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Herausforderung besteht in der Vermeidung des gegenseitigen auspielens. Dieser Konflikt ist nicht in der vorhandenen Konstellation befriedigend aufzulösen., so dass eine weiterführende Strategie nötig wird.⁴¹

Die als Global Governance beschriebene, über nationalstaatliche Grenzen reichende Gestaltung der Politik ist ein Versuch, den Globalisierungsprozess zu steuern. Gibt man die von BACKHAUS propagierte Komponente der Beibehaltung der Souveränität einzelner Nationalstaaten auf, -so bleibt als wirkungsvollste Steuerungsmethode der supranationale Zusammenschluss.⁴²

³⁸ Vgl. Kaul (2008), S 153.

³⁹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 29.

⁴⁰ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 25.

⁴¹ Vgl. Backhaus (2009), S. 192 f.

⁴² Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 29f.

3.1.4 Verhinderung des wirtschaftlichen Rückstands

KAELBLE weist darauf hin, dass die Gründungsväter⁴³ eines geeinten Europas aus der Katastrophe der beiden Weltkriege einen Konsens über die wirtschaftliche und politische Einheit Europas abgeleitet haben.⁴⁴

Dabei kamen die stärksten Impulse von den Supermächten. Die Vereinigten Staaten waren an einem wirtschaftlich gefestigten Europa interessiert, um sich gegenüber der sowjetischen Herrschaft abzusichern. Gleichzeitig nutzten die Europäer die gewährte Unterstützung⁴⁵, um den erlittenen wirtschaftlichen Rückfall der Kriegsjahre gegenüber den Vereinigten Staaten aufzuholen.⁴⁶ Ebenso konnten die Vereinigten Staaten ihre Produkte exportieren und den europäischen Markt für sich erschließen.⁴⁷

Nach der Überwindung des Kalten Krieges hat sich die Gefahr eines Rückfalls gegenüber anderen Blöcken stark verschoben. Der vorherrschende Konflikt zwischen den Westmächten und dem Ostblock wurde hinfällig. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sehen sich nun gegenüber der wirtschaftlichen Dynamik in Südostasien unter Druck gesetzt. Zur Abwendung und Wahrung der eigenen wirtschaftlichen Interessen sind weiterführende Integrationsbemühungen erforderlich. KAELBLE sieht die Lösung in einer erweiterten Form der Zusammenarbeit, welche die Europäische Gemeinschaft erweitert.⁴⁸

3.1.5 Ordnung von Handelsbeziehungen

Im Hinblick auf die möglichen Erleichterungen von Handelsbeziehungen können mindestens zwei Standpunkte aus Sicht von Nationalstaaten in Integrationsräumen aufgezeigt werden.

Aus der intrinsischen Sicht wurden die Handelsbeziehungen im Rahmen der Vereinbarungen normalisiert und nach Ausprägung des Integrationsraumes klassifiziert. Dabei mussten eigene Schutzmechanismen, wie Subventionen oder Importkontingente aufgegeben werden. Eben dies kann aber auch von anderen National-

⁴³ Monnet, Schuman, Adenauer, De Gasperi, Spaak

⁴⁴ Vgl. Kaelble (1995), S. 192.

⁴⁵ European Recovery Program (Marshallplan)

⁴⁶ European Recovery Program (Marshallplan)

⁴⁷ Vgl. Kaelble (1995), S. 193.

⁴⁸ Vgl. Kaelble (1995), S. 194.

staaten in diesem Integrationsraum erwartet werden. Es kann von einer gewollten Erleichterung gegenüber ausgewählten Handelspartnern gesprochen werden.⁴⁹

Zum Anderen kann ein Vorteil erlangt werden, in dem die Mitglieder des Integrationsraumes die, untereinander vereinbarten, Handelsvergünstigungen einhalten, gegenüber dritten aber geschlossen Auftreten und ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen durch nicht Einräumung von Vergünstigungen wahren.⁵⁰ Der Vorteil für den einzelnen Nationalstaat liegt in der Chance, den Protektionismus derart zu verschärfen, dass z.B. vermeintlich notwendige Importe innerhalb des Integrationsraumes kompensiert werden kann. Somit lässt sich gegenüber Dritten wirtschaftlicher Druck aufbauen.

Ausgenommen von derartigem Wettbewerb sind die Entwicklungsländer. Entwicklungsländer profitieren von vergünstigten Handelsbeziehungen gegenüber Industrieländern, müssen aber selbst keine Vergünstigungen anbieten.⁵¹

3.1.6 Vermeidung von Länderrisiken

Die sich am 11. September 2001 ereigneten Terroranschläge auf dem Territorium der USA haben neben politischen Veränderungen einen massiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt. Die Börsen reagierten weltweit geschockt, was sich in massiven Kursverlusten widerspiegelte.

Die Reaktionen in Form des Einmarsches von ISAF Truppen in Afghanistan oder dem Einmarsch in den Irak unter Führung der USA führten zu einer allgemeinen Verunsicherung, die durch Terrorakte in z.B. Madrid oder London verstärkt wurde.⁵²

Derartige Gefahren und schwer kalkulierbare Risiken sind für wirtschaftliches Handeln durch internationale Verflechtung kein isoliertes Phänomen. Eine vermeintlich lokale Krise kann so zu einem Flächenbrand werden.⁵³

BACKHAUS unterstreicht die Bedeutsamkeit von militärischer Stärke und Sicherheit durch den Hinweis, dass sich alle großen Konzerne in einem Gebiet mit die-

⁴⁹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 75f.

⁵⁰ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 76f.

⁵¹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 76.

⁵² Vgl. Backhaus (2009), S. 112.

⁵³ Vgl. Backhaus (2009), S. 113.

sen Eigenschaften befinden. Ebenso konzentriert sich der Welthandel und das Kapital überdurchschnittlich in diesen Zonen.⁵⁴

Neben den aus Krisen folgenden Sicherheitsrisiken für Vermögenswerte und der Gefährdung von Leben, deren effektive Bekämpfung durch supranationale ausführenden- und gesetzgebende Gewalten ausgeführt werden kann, existieren noch weitere Länderrisiken.⁵⁵

Spezifische Länderrisiken wie das Transferrisiko und dem damit verbundenen Konvertierungsrisiko hemmen das Zurückführen von erwirtschafteten Gewinnen.⁵⁶ Darüber hinaus kann für die in einer Fremdwährung in Rechnung gestellte Leistung nicht sichergestellt werden, dass bei frei handelbaren Wechselkursen eine adäquate Vergütung garantiert wird.⁵⁷

Neben der Schaffung eines Vertragwerkes zur Vermeidung von Länderrisiken und Integration der beteiligten Nationalstaaten ist die bereits diskutierte Währungsunion die vollendete Lösung für die beschriebenen Probleme.⁵⁸

Die beschriebene Lösung lässt sich bereits aus dem Begriff Länderrisiko ableiten. Dieser impliziert, dass das Risiko für ein bestimmtes einzelnes Land bestimmt werden kann. Spätestens mit der Etablierung einer Präferenzzone und einer gemeinsam gestalteten Politik können die Risiken minimiert werden.

3.1.7 Weitere Motive

SHIELLS und BARTH identifizieren noch eine Reihe weiterer Motive.

Bereits mit Formierung der Präferenzzone kommt es zur faktischen Abschaffung von Handelshemmnissen.⁵⁹ Für Unternehmen vergrößert sich somit der Absatzmarkt. Die Risiken und Kosten für Forschung und Entwicklung können somit besser aufgeteilt werden. Produktionsstrukturen können ebenso effizienter implementiert werden. Die entstehende wirtschaftliche Dynamik kommt somit dem Nationalstaat zum Einen und dem Integrationsraum zum Anderen zugute.⁶⁰

⁵⁴ Vgl. Backhaus (2009), S. 199f.

⁵⁵ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 106.

⁵⁶ Vgl. Zentes, Swoboda (1997), S. 188.

⁵⁷ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 106.

⁵⁸ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 57.

⁵⁹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 55.

⁶⁰ Vgl. Schiells (1995), S. 28f; Barth (1999), S. 3.

Nationalstaaten, die nicht in die Kategorie Entwicklungsländer fallen und damit Zugang zu den Märkten der Industrieländer erhalten⁶¹ können mit Eintritt in einen Integrationsraum ihren Zugang zum Markt eines größeren Landes sichern.⁶² Multilaterale Verhandlungen können effizienter gestaltet werden. Schleppende Gespräche können mit einer neuen Dynamik ausgeführt- und die eigenen Interessen durch eine gestärkte Position besser durchgesetzt werden.⁶³

Durch die Weitergabe von gesetzgebender Gestaltungsmöglichkeit zum Einen und der Festlegung von Sanktionen für die nicht Einhaltung oder dem Hinauszögern von politischen Reformen kann ein Reformvorhaben abgesichert werden.⁶⁴

3.2 Außerökonomische Motive

3.2.1 Vermeidung von Umweltbelastungen

Der Versuch nachhaltig zu wirtschaften kennt viele Ausprägungen, gestaltet sich im internationalen Wettbewerb aber schwierig.

Die Wahl von Unternehmen bzgl. ihres Produktionsstandortes hängt bei umweltintensiven Produkten von zwei Faktoren ab. Produzenten sind bestrebt, Standorte mit geringen Umweltauflagen zu wählen und gleichzeitig darauf zu achten, dass das Umweltbewusstsein der Bevölkerung ebenfalls wenig stark ausgeprägt ist. Die Einsparungen für die Beseitigung entstehender Abfallprodukte sind für Unternehmen ein entscheidender Faktor.⁶⁵

Um in dem Wettbewerb um Arbeitsplätze bestehen zu können, unterbieten sich Nationalstaaten hinsichtlich ihrer Umweltauflagen. Das daraus resultierende Umweltdumping beinhaltet die Ausbeutung und den fehlerhaften Umgang mit natürlichen Ressourcen zum Leidwesen der Umwelt.⁶⁶

Eine Reaktion auf diese Entwicklung ist die Gründung von NGOs wie Greenpeace. Diese NGOs verfolgen Ziele wie den Schutz der Umwelt oder der Abrüstung im Rahmen von Friedensbewegungen. Diese Stärkung resultiert aus dem

⁶¹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 76.

⁶² Vgl. Schiells (1995), S. 28f; Barth (1999), S 3.

⁶³ Vgl. Schiells (1995), S. 28f; Barth (1999), S 3.

⁶⁴ Vgl. Schiells (1995), S. 28f; Barth (1999), S 3.

⁶⁵ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 81.

⁶⁶ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 79.

Erkenntnisgewinn über die Endlichkeit von Ressourcen und der Einmaligkeit der Natur.⁶⁷

Für die Nationalstaaten ist der politische Auftrag der Bevölkerung eindeutig. Trotzdem gestaltet sich die Umsetzung schwierig, da sie stets im internationalen Wettbewerb bestehen müssen. Um ihre Integrität zu schützen, kann durch einen Zusammenschluss eine einheitliche Umweltschutzpolitik erarbeitet werden. Als bindendes Vertragswerk sind Einzelgänge hinsichtlich der Unterbietung von Umweltauflagen hinfällig.⁶⁸

4 Umsetzung der Motive an einem ausgewählten Beispiel

4.1 Boeing gegen Airbus vor der WTO

Der Integrationsraum der Europäischen Union, mit ca. 500 Millionen Einwohner und einem Bruttoinlandsprodukt von über 12 Billionen Euro, kann den Anspruch erheben, der am weitesten entwickelt Integrationsraum zu sein.⁶⁹

In diesem Kontext lässt sich die Entstehung von Airbus einordnen. Die Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich im Flugzeugbau in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts kann als Beginn von Airbus angesehen werden. Die Kooperation verfolgte das Ziel, die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren und gleichzeitig die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.⁷⁰

Dem gegenüber stehen die USA mit ca. 300 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von über 14 Billionen US Dollar.⁷¹

Boeing wurde 1916, mit Beginn der Zivilen Luftfahrt, gegründet. Wichtige Aufträge während der ersten Jahre nach Unternehmensgründung waren militärischer Art, vor allem während des 2. Weltkriegs. Nach dem Kauf von McDonnell Douglas im Jahr 1997 teilen sich Boeing und Airbus den Markt für Großraumflugzeuge.⁷²

⁶⁷ Vgl. Backhaus (2009), S. 107f.

⁶⁸ Vgl. Backhaus (2009), S. 192f.

⁶⁹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 63.

⁷⁰ Vgl. Heyman (2006), S. 4.

⁷¹ Vgl. Haas, Neumair, Schlesinger (2009), S. 58.

⁷² Vgl. Heyman (2006), S. 4.

2004 schalteten die USA die WTO im Subventionsstreit ein. Sie werfen der Europäischen Union und den vier beteiligten Staaten vor, Airbus unverhältnismäßig zu unterstützen. Die Europäische Union reagierte mit der Beantragung eines Verfahrens vor der WTO. Sie werfen den USA vor Boeing zu subventionieren.⁷³

Die Europäische Union reagierte geschlossen auf die Anschuldigungen der USA. Die Verhandlungen werden nicht von den beteiligten Staaten geführt, sondern unter der Führung des EU-Handelskommissars. Ziel ist es, dieses teure, komplexe und langwierige Verfahren schneller zum Ziel zu führen.⁷⁴

Die Luftfahrtindustrie ist integraler Bestandteil für die Verteidigungsfähigkeit eines Nationalstaates oder Integrationsraumes. Die strategische Bedeutung dieser Unternehmen ist ein Grund für den hohen staatlichen Einfluss. Die Wahrung militärische Sicherheit und Stärke ist ein wesentlicher Punkt des Subventionsstreits.⁷⁵

Gleichzeitig steht der Erhalt von Arbeitsplätzen für beide Konfliktparteien im Vordergrund. Der zivile Flugzeugmarkt fällt durch ein hohes Investitionsrisiko auf, zugleich ist der Markt stark zyklisch. Die Unterstützung der USA und der Europäischen Union sind der wesentlicher Faktor zur Risikominimierung. Selten sind private Investoren bereit, dieses hohe Risiko einzugehen.⁷⁶

5 Fazit

Eine akzeptierte gemeinsame Definition aller benutzen Begriffe existiert nicht. Die daraus resultierenden Ungenauigkeiten wurden durch Festlegung auf eine Begriffsbildung umgangen.

Wie in Kapitel 2 vorgestellt, sehen sich Nationalstaaten mit völlig neuen Problemen konfrontiert. Die Kompression von Zeit und Raum macht sie anfällig für wirtschaftliche und politische Krisen außerhalb ihres Einflussbereichs.

Gleichzeitig sehen sie sich gezwungen, ihre Umweltauflagen und Arbeitsbedingungen nach den Vorstellungen von multinationalen Unternehmen anzupassen. Sie befinden sich im verschärften Wettbewerb untereinander mit negativen Auswirkungen auf alle Beteiligten.

⁷³ Vgl. Heyman (2006), S. 6.

⁷⁴ Vgl. Heyman (2006), S. 8.

⁷⁵ Vgl. Heyman (2006), S. 3.

⁷⁶ Vgl. Heyman (2006), S. 2.

Die in Kapitel 3 identifizierten Motive machen deutlich, dass Teile des Wettbewerbs zwischen Nationalstaaten auf die Ebene von Integrationsräumen verlagert werden. Darüber hinaus sind die Motive geprägt von dem Versuch vorrangig eigene Ziele durchzusetzen oder zum eigenen Vorteil zu wirtschaften. Integrationsräume sind demnach selten mehr als Zweckgemeinschaften.

Neben den vorrangigen wirtschaftlichen und politischen Beweggründen werden Integrationsräume auch zur Durchsetzung umweltpolitischer Maßnahmen benutzt. Dabei beschränkt man sich, um gegenüber anderen Integrationsräumen wettbewerbsfähig zu sein, auf einen Minimalkonsens.

Das abschließende Beispiel in Kapitel 4 hat deutlich gemacht, dass Integrationsräume ihre wirtschaftliche und politische Macht einsetzen um ihre eigenen Interessen zu vertreten. Dabei werden sie u.a. von sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Motiven getrieben.

Die Schaffung von Wirtschaftsblöcken ist die logische Konsequenz aus dem technischen, politischen und ökonomischen Fortschritt, der die Globalisierung eingeleitet hat. Viele Nationalstaaten versprechen sich eine Verbesserung auf allen Gebieten. Gleichzeitig entstehen neue Konflikte und Probleme. Die Europäische Union spielt in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle.

Literaturverzeichnis

Backhaus, N.: Globalisierung, Braunschweig, 2009.

Barth, W.: Regionale Blockbildung oder freier Welthandel? – Eine praxisorientierte Betrachtung. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft, 84 (1999), S. 1-12.

Dieckheuer, G.: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, 5. Aufl., München u.a. 2001.

Haas, H.; Neumair, S.: Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse, München, 2006.

Haas, H.; Neumair S.; Schlesinger D.: Geographie der internationalen Wirtschaft, Darmstadt, 2009.

Hardin, G.: The tragedy of the commons. In: Science, 137 (1968), S. 1243-1248.

Hertel, W.: Supranationalität als Verfassungsprinzip. In: Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht Band, 47. Hrsg.: T. Oppermann, H. Assmann, H. Mangoldt, W. Möschel, W. Vitzhum. Tübingen, 1999.

Heyman, E.: Boeing und Airbus vor WTO: Keiner wird gewinnen, Frankfurt am Main 2006. http://www.db-research.de/PROD/CIB_INTERNET_EN-PROD/PROD0000000000204665.pdf Abrufdatum 22-06-2010.

Hiller, N.: Der Einfluss der Agrarsubventionen in Europa und den USA auf die globale Nahrungsmittelkrise, Hamburg, 2009.

Jaschensky, W.: Köhler: Krieg für freien Handel, München, 2010 <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehreinsaetze-koehler-wirtschaftsinteressen-militaerisch-durchsetzen-1.950594> Abrufdatum 22-06-2010.

Kaelble, H.: Supranationalität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. In : Nationalismus, Nationalitäten, Supranationalität. Hrsg.: H. Winkler, H. Kaelble. 2. Aufl., Stuttgart, 1995, S 189-206.

Kaul, I.: Auf dem Weg zum Weltstaat? Global Governance 3: Am Beginn einer neuen Ära internationaler Kooperation, - 2008. <http://www.ingekaul.net/pdf/upload170808/Auf-dem-Weg-zum-Weltstaat.pdf> Abrufdatum 01-06-2010.

- Kiljunen, K.: The European Constitution in the Making, Brüssel, 2004.
- Kulke, E.: Wirtschaftsgeographie, 3. Aufl., Paderborn, 2008.
- Little, R.; Smith M.: Perspectives on World Politics, 3. Aufl., New York u.a. 2006.
- MacKinnon, D.; Cumbers A.: An Introduction to Economic Geography: Globalization, Uneven Development and Place, Harlow, 2007.
- McLean, I.; Alistair McMillan, A.: supranationalism. In: The Concise Oxford Dictionary of Politics. Hrsg.: Oxford University Press, 3. Aufl., Oxford 2009, S. 520 - 521.
- Mundschenk, S.; Schwarzer D.; Collignon S.: Die Währungsunion - Chance für Europa : Handbuch zur Europäischen Währungsunion, Bonn, 1999a. <http://www.fes.de/fes-publ/eurohandbuch/kap5.htm#53> Abrufdatum 30-05-2010.
- Mundschenk, S.; Schwarzer D.; Collignon S.: Die Währungsunion - Chance für Europa : Handbuch zur Europäischen Währungsunion, Bonn, 1999b. <http://www.fes.de/fes-publ/eurohandbuch/kap8.htm#821> Abrufdatum 30-05-2010.
- Rottgardt, D.: Die Finanzierung der EU-osterweiterung am Beispiel der Agrar- und Kohäsionspolitik, München, 2006.
- Shiells, C.: Regionale Handelsblöcke: Handelsschaffung oder Handelsumlenkung? In: Finanzierung und Entwicklung, 32 (1995), S. 28-30.
- Voigt, R.: Weltordnungspolitik, Wiesbaden, 2005.
- Zentes, J.; Swoboda, B.: Grundbegriffe des Internationalen Managements, Stuttgart, 1997.

Abschließende Erklärung

Ich versichere hiermit, dass ich meine Seminararbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe, und dass ich alle von anderen Autoren wörtlich übernommenen Stellen sowie die sich an die Gedankengänge anderer Autoren eng anlehenden Ausführungen meiner Arbeit besonders gekennzeichnet und die Quellen zitiert habe.

Münster, den 24. Juni 2010

Steffan Voß